



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR MOBILITÄT, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 30.09.2021, 17:30 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

TOP BASEL

Vorl.Nr.

Beratungsverlauf:

TOP 1 ist dem Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung zu entnehmen.

Bevor BM **Ilk** in die Tagesordnung einsteigen kann, verabschieden sich die Stadträtinnen und Stadträte des Ausschusses von ihm offiziell.

Stadträtin **Dr. Knoß** zitiert einen Zeitungsartikel einer über sechs Stunden langen Sitzung des früheren Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt. Sie lobt seine fachlichen Kompetenzen, sein Engagement und seiner Ausdauer.

Stadtrat **Klotz** und Stadtrat **Herrmann** überreichen BM Ilk im Namen aller MTU-Mitglieder ein Geschenk und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.

BM **Ilk** bedankt sich und betont, dass es ihm ein wichtiges Anliegen gewesen sei, an seinem letzten Arbeitstag noch die beiden Ausschusssitzungen zu leiten.

TOP 2

**Konzeption Erhalt Weinbergsteillagen - Information
und Beschluss Weitentwicklung**

Vorl.Nr. 192/21

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Konzeption zum Erhalt der terrassierten Weinbergsteillagen mit den in der Anlage 1 beschriebenen Zielen und Maßnahmen auszuarbeiten und umzusetzen.
2. Die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung des Weinbaus und der Landschaftspflege in den terrassierten Steillagen werden für die nächsten vier Jahre in Höhe von 320.000 € konsumtiv und 278.000 € investiv finanziert.
3. Die Stadt Ludwigsburg wird Mitglied in der Weingärtner Marbach e.G.
4. Die Stadt Ludwigsburg wird Mitglied im Landschaftserhaltungsverband Landkreis Ludwigsburg e.V.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Umwelt und Technik und erläutert das Thema kurz.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen berichtet anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Stadträtin **Clausen** freut sich, dass durch den Erhalt der terrassierten Weinbergsteillagen die Artenvielfalt geschützt und bewahrt wird. Die Grünen-Fraktion erkenne die Notwendigkeit der Maßnahmen an.

Zur Hubschrauberspritzung stellt sie die Rückfrage, ob alternativ nicht Drohnen eingesetzt werden könnten. Diese könnten durchaus effizienter sein und leiser. Sie würden nistende Vögel weniger beeinträchtigen.

Stadtrat **Klotz** betont, dass die Weinbergsteillagen sehr landschaftsprägend seien und erwähnt ebenfalls die vielen Tierarten. Er bittet die Verwaltung darum, zu prüfen ob 100 Euro pro Quadratmeter als Zuschuss für den Erhalt der Trockenmauern ausreichend seien. Er lobt die Arbeit der Heldenschmiede und regt an, die Qualität der Weine weiter zu verbessern. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Die Bereitschaft, Weinberge zu bewirtschaften, lasse spürbar nach, stellt Stadtrat **Rothacker** fest. In den letzten zwei Jahren wurden nahezu 50.000 Euro Fördergelder, die die Stadt für die Sanierung von Trockenmauern auf Antrag zur Verfügung stelle, nicht abgerufen. Anstatt viel Geld in die Trockenmauern zu investieren, würden die Wengerter lieber den Weinberg aufgeben. Die Bewirtschaftungszeit und -kosten der Weinhänge in Ludwigsburg seien sehr viel höher als in anderen topographischen Lagen. Wie sein Vorredner lobt auch er das Schulungsprogramm Heldenschmiede. Diesbezüglich fragt er nach, wie sich deren Kosten zusammensetzen. Für Touristen seien die Weinhänge bestimmt eine Attrition, auch vom Schiff auf dem Neckar aus. Die Freien Wähler stimmen der Vorlage zu.

Stadträtin **Liepins** ist begeistert, dass die Stadt sich für den Erhalt der Weinbergsteillagen einsetzen und Mitglied in der Weingärtner Marbach e.G. sowie im Landschaftserhaltungsverband Landkreis Ludwigsburg e.V. werden möchte.

Die SPD-Fraktion stimme der Beschlussvorlage gerne zu. Ihnen sei bewusst, dass die Bewirtschaftung der Steilhanglagen für Private schwierig und kostspielig sei.

Sie lobt den stellvertretenden Geschäftsführer des Eigenbetriebs Tourismus und Events (TELB). Er engagiere sich dafür, die Steillagen zu einem touristischen Ziel zu machen.

Die wunderschöne Kulturlandschaft könnte durch neue Spazierwege weiter erschlossen werden. Auch Planwagenfahrten, wie in Besigheim, wären denkbar.

Die Kosten für die Hubschrauberspritzung halte sie für sehr hoch. Sie regt wie ihre Vorredner an, über alternative, günstigere Methoden der Bewässerung nachzudenken.

Stadtrat **Haag** möchte wissen, wer den städteeigenen Weinberg bewirtschaftete und stellt eine Frage zum Projekt Heldenschmiede. Dort seien 25.000 Euro an Einnahmen angesetzt. Ob sich dieser Betrag auf das komplette Jahresprogramm beziehe oder auf zehn einzelne Veranstaltungen und wie hoch der Beitrag sei, will er wissen.

Stadtrat **Müller** dankt für die Vorlage. Für den Erhalt der Steillagen sei die Unterstützung der Stadt notwendig, behauptet er. Er regt an, wie seine Vorredner, sich alternative Methoden zur Hubschrauberspritzung zu überlegen. Er nimmt an, dass der Hubschraubereinsatz von der Stadt koordiniert werde in Absprache mit den Vollbewirtschaftern. Er fragt zu seinem Verständnis nach, ob es zwei abgegrenzte Bereiche geben werde. In einem Bereich wird weiterhin Weinbau betrieben, in dem anderen Bereich werden Bäume und Büsche angebaut, die Trockenmauern bleiben erhalten.

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen erzählt, dass das Projekt Heldenschmiede bisher sehr gut laufe. Es gebe viele Interessierte.

Was die Spritzung der Weinhänge angehe, so war die Hubschrauberspritzung bisher die einfachste und beste Möglichkeit, aber die Stadtverwaltung könne gerne prüfen, ob die Spritzung schonender vorgenommen werden kann. Die Hubschrauberspritzung sei extrem aufwändig durch Straßensperrungen. Die Nutzung einer Drohne könnte angenehmer sein.

Die Weinberge werden von Vollbewirtschaftern bewirtschaftet, bis sie Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Heldenschmiede übergeben werden, erklärt sie.

Die Gliederung in die zwei Bereiche, wie von Stadtrat Müller angesprochen, mache die Unterhaltung der Flächen einfacher. Die Investitionen für den Erhalt der Steillagen seien am Anfang höher, da es einen Sanierungsstau gebe. Die Stadt gehe davon aus, dass sich die Kosten in den Folgejahren dann etwas verringern werden.

Der **stellvertretende Geschäftsführer** von TELB antwortet auf die Fragen von Stadtrat Rothacker und Stadtrat Haag zum Schulungsprogramm Heldenschmiede. Es handle sich um ein Jahresprogramm, für das eine Kursgebühr für Schulung, Unterlagen und Verkostung erhoben wird. Die Gebühr beträgt 450 Euro pro Teilnehmer. Auf einer Informationsveranstaltung seien 80 Interessierte gewesen, 60 hätten sich für das Programm bereits angemeldet.

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen antwortet auf Stadtrat Haags Frage, wer die Weinberge für die Stadt bewirtschaftete, dass es sich dabei um einen Vollbewirtschaftler, d.h. einem hauptberuflichen Weingärtner, handle.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt BM **Ilk** über die Vorlage Nr. 192/21 Beschluss fassen. Im Anschluss an die Sitzung hat er die Beitrittserklärung zur Genossenschaft (Weingärtner Marbach e.G.) im Beisein der Ausschussmitglieder, des stellvertretenden Geschäftsführers von TELB, des Vorsitzenden und vier Mitgliedern der Genossenschaft unterschrieben.

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 3) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 3 beschlossen.
2. Die Baumschutzsatzung (Anlage 1) wird als Satzung beschlossen.
3. Das Förderprogramm ortsbildprägende Bäume wird beschlossen. Die Mittel in Höhe von 60.000,-- € werden als Anschubfinanzierung im Haushalt 2022 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss (Ziffer 1 und 2) wird mit 6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Der Beschluss (Ziffer 3) wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** berichtet, dass zuletzt in der Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause über den Entwurf der Sitzung beraten und abgestimmt wurde. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens wurde der Entwurf der Satzung Bürgerinnen und Bürgern sowie Träger öffentlicher Belange zugänglich gemacht. Sie hatten die Möglichkeit, hierzu Rückmeldungen zu geben. Die endgültige Beschlussfassung soll im Gemeinderat am 20.10.2021 erfolgen.

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen erläutert das Bürgerbeteiligungsverfahren und bewertet die Rückmeldungen als unkritisch.

Stadtrat **Handel** bedauert, dass Nadelbäume nicht in die Satzung mitaufgenommen wurden. Sein Vorschlag sei es, für die Öffentlichkeitsarbeit eine Artenliste bzw. Baumvorschlagsliste zu erstellen. Dann könnte den Bürgerinnen und Bürgern transparent gemacht werden, welche Bäume über die Baumschutzsatzung geschützt und gefördert werden.

Stadtrat **Klotz** betont, dass die CDU-Fraktion die Satzung weiterhin kritisch sehe. Er äußert, dass die Fraktion im Gemeinderat voraussichtlich unterschiedlich abstimmen wird. Er fragt, wer die Bäume begutachte. Seines Wissens nach habe die Stadt vier Baumwarte. Die Baumschutzsatzung bringe aber Mehraufwand. Das Antragsverfahren dürfe nicht zu höherem Personalbedarf führen, mahnt er.

Eine Nachfrage stellt er zur Katharinenstraße in Eglosheim. Die Stadt habe Bäume zu nah an die Häuser gepflanzt, weshalb die Kanalisation auf Privatgrundstücken beschädigt wurde. Warum es

von Haus und Grund keine Stellungnahme zum Thema Baumsatzung gebe, will er wissen und ob sie beteiligt wurden.
Er beantragt, über den Punkt 3 getrennt abzustimmen.

Stadtrat **Zeltwanger** macht deutlich, dass die Freie-Wähler-Fraktion die Pflanzung von Bäumen unterstützt. Die Baumschutzsatzung gelte aber vor allem für private Gartenbereiche. Die Wirksamkeit von Baumschutzsatzung bei Städten, die eine Baumschutzsatzung haben, liege ungefähr bei 10-20 %, führt er aus. Städte wie Ulm oder Esslingen hätten eine Baumschutzsatzung nach intensiver Diskussion abgelehnt, weil andere Maßnahmen effektiver seien und der bürokratische Aufwand sehr hoch.
Seiner Meinung stehe der bürokratische Aufwand in keinem positiven Verhältnis zum Nutzen, die positiven Auswirkungen auf Stadtklima seien gering. Er bevorzuge das Konzept der Baumschutzpaten auszuweiten.

BM **Ilk** weist darauf hin, dass auch Baumschutzpatenschaften einen bürokratischen Aufwand erfordern.

Die SPD-Fraktion unterstütze den Prozess der Baumschutzsatzung gerne, verkündet Stadtrat **Maier**. Bäume, vor allem die alten, sollten in unserer Gesellschaft schützenswert sein.

Stadtrat **Haag** betont, dass der Baumschutz allen wichtig sei und die FDP-Fraktion auch das 1.000-Bäume-Programm gefordert hatte. Es gehe darum, zu verhindern, dass Bäume zu Schaden kommen oder gefällt werden müssen. Die Fraktion stimme mit dem Schutzzweck der Satzung überein, lehne aber die Satzung aber nach dem Motto „lieber nicht geregelt als schlecht geregelt“ ab.

Die Baumschutzsatzung sei schon weit entwickelt und sollte zum Abschluss gebracht werden, findet Stadtrat **Müller**.

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen antwortet, dass es eine Baumvorschlagsliste schon gebe. Landschaftsplaner und -architekten hätten diese erarbeitet, indem sie geschaut haben, welche Bäume zukunftsfähig seien. Sie lädt die Stadträtinnen und Stadträte ein, auf dem Parkplatz der Mathildenstraßen 1 zu kommen. Dort würden verschiedene Baumarten stehen, die von ihrem Fachbereich beobachtet werden, wie sie sich unter der Hitze verhalten.
Ein erhöhter Personalaufwand durch die Umsetzung der Baumschutzsatzung werde nicht entstehen, versichert die Fachbereichsleiterin Tiefbau und Grünflächen. Ihre Mitarbeiter würden regelmäßig die Bäume der Stadt und von Privaten begutachten. Bürgerinnen und Bürger würden sich immer wieder bei der Stadt melden und um Rat oder Unterstützung bitten.

Auf die Frage von Stadtrat Klotz nach dem Haus in der Katharinenstraße antwortet die Fachbereichsleiterin Tiefbau und Grünflächen, dass das Problem in solchen Fällen oftmals am privaten Hausanschlusses liege.

Die Stadt habe Haus und Grund wurde nicht angefragt, da die Organisation kein Träger öffentlicher Belange sei, sondern wie eine Privatperson zu behandeln. Haus und Grund hätte aber die Möglichkeit gehabt, sich bei der Stadtverwaltung zu melden.

Baum- und Grünzugpatenschaften begrüße die Stadt immer, meint die Fachbereichsleiterin Tiefbau und Grünflächen. Sie seien auch dabei, andere Modelle zu erarbeiten, wie sich die Bürgerschaft engagieren kann, zum Wohl der Ökologie und des Klimas der Stadt.

BM **Ilk** lässt über den Beschluss abstimmen. Auf Wunsch des Gremiums lässt er über die Beschlussziffern, wie folgt, getrennt abstimmen.

Ziffer 1 und 2:

Siehe Abstimmungsergebnis oben.

Ziffer 3:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität berichtet zum aktuellen Stand der Radschnellverbindung anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Stadträtin **Dr. Knoß** erkundigt sich danach, wann der Radschnellweg fertiggestellt und befahrbar sei sowie wer über die Streckenführung in Ludwigsburg entscheide – die Stadt oder der Landkreis? Ob möglicherweise beide Routen ausgebaut werden, weil Radfahrer sich für unterschiedliche Wege als Hin- und Rückfahrt entscheiden könnten, fragt sie.

Stadträtin **Seyfang** dankt der Verwaltung für die Präsentation der Ergebnisse der abgeschlossenen Machbarkeitsstudie. Sie bittet das Gremium darum, keine Detailunterhaltung zu führen. Später sähen sie genauere Pläne. Über Streckenführung zu diskutieren sei ihrer Meinung nach zu früh.

Stadtrat **Rothacker** macht deutlich, dass die Freie-Wähler-Fraktion eher für die blaue Streckenführung als für die orangene sei, wie in der Präsentation ersichtlich. Sie hoffen, dass die Kosten im zweistelligen Millionenbereich bleiben und nicht zunehmen

Stadtrat **Maier** dankt für Präsentation und den mündlichen Bericht. 12 Millionen Euro Kosten für die Umsetzung des Radwegs seien kalkuliert. Er fragt nach der Verteilung der Kosten, in welcher Höhe die Stadt Ludwigsburg diese tragen müsse. Außerdem hakt er nach, wann in die konkrete Diskussion eingestiegen werden könne zwecks Routenführung.

Stadtrat **Haag** meint, alle Routen würden momentan am B27A-Knoten enden. Er fragt, wann Gespräche über die Weiterführung der Route mit der Stadt Stuttgarter stattfinden werden. Gestern wurden im nichtöffentlichen Teil des Gemeinderats niedrigere Zahlen präsentiert. Er wünscht sich eine Erklärung, ob es sich dabei um ältere Zahlen handle.

Stadtrat **Müller** freut sich, dass es beim Thema Radschnellverbindung weitergeht. Er fragt nach dem nächsten Schritt. Außerdem will er wissen, wie die Verkehrsverteilung aussehe, z.B. in der Frankfurter Straße. In der Präsentation auf Seite 5 stehe als Erklärung, welche Route Menschen wählen würden, dass „Hohe soziale Kontrolle“ entscheidend seien. Er bittet um Antwort, was damit gemeint sei.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität geht auf die Fragen der Gremiumsmitglieder ein. Ab wann die Radschnellverbindung umgesetzt werden kann, sei unklar, da Grundstücksthemen betroffen seien.

Über die Streckenführungen innerhalb der Ortsdurchfahrten entscheiden die Städte selbst, also Ludwigsburg bzw. Kornwestheim oder Bietigheim-Bissingen, außerhalb das Land.

Der Ausbau von zwei Varianten sei möglich, antwortet er auf die Fragen von Stadträtin Dr. Knoß. Auch die Verwaltungen habe sich überlegt, dass die Hin- und Rückfahrt unterschiedliche Routen sei könnten.

Im Folgenden erklärt er Details zur Förderantragsstellung beim Land. Mit der Machbarkeitsstudie wurde noch kein Förderantrag gestellt, sondern erst geprüft, ob das Projekt förderantragsfähig sei. Die genaue Kostenverteilung könne leider noch nicht genannt werden.

Der Mitarbeiter des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität stimmt Stadtrat Haag zu. Alle Routen würden am B27A-Knoten enden. Die Stadt Stuttgart habe diesen Übergabepunkt festgelegt. Der Radschnellweg habe ein hohes Potential. Die Machbarkeitsstudie habe es bestätigt.

Mit „Hoher sozialer Kontrolle“, sei z.B. das Wohlfühlen auch bei Dunkelheit gemeint, erklärt der Mitarbeiter des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität. Das bedeutet, dass die Menschen lieber in der Nähe einer Straße fahren würden.

Für Stadträtin **Liepins** appelliert, dass bald geklärt werden müsse, wer die Verantwortung für das Gesamtprojekt trägt.

BM **Ilk** erklärt, dass die Kommunen Planungshoheit durch die Selbstverwaltungsgarantie hätten, wenn es um Projekte in ihrem Gebiet gehe. In die dürfe das Landratsamt nicht eingreifen. Das betreffe z.B. die konkrete Trassenführung, Streckenführung und einzelne Bauabschnitte.

Stadträtin **Liepins** fragt nach, in welcher Höhe Kosten auf die einzelnen Städte zukommen werden und ob es tatsächlich eine Förderung von 90 % gebe.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität meint, aus der Machbarkeitsstudie lasse sich ein erster grober Kostenschlüssel ableiten.

Es sei möglich die Planung dem Regierungspräsidium zu überlassen. Das würde aber unter Umständen viel länger dauern, weil es abhängig von den Ressourcen und der Zeit sei, die das Land zur Verfügung habe. Wenn die Kommunen mitplanen, gehe es schneller und Geld könne vom Land vorgestreckt werden.

Nachdem es keine weiteren Rückfragen gibt, schließt BM **Ilk** den Tagesordnungspunkt.

Beratungsverlauf:

Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität berichtet anhand einer Präsentation bestehend aus einer Folie zum Thema, die als Anlage dieser Niederschrift beigelegt ist.

Stadtrat **Handel** signalisiert Zustimmung der Grünen-Fraktion zum neuen Knotenpunkt und begrüßt den Wegfall des Bypasses. Ihm sei wichtig, dass der Fuß- und Radverkehr trotz Baustelle funktioniere.

Ob Bäume durch die Umbauten wegfallen und ob Ersatzpflanzungen vorgenommen werden, hakt er nach. Außerdem fragt er, ob es Mulden für das Oberflächenwasser geben werde. Den Zeitplan halte er für ambitioniert.

Wie die Fortführung des Radverkehrs auf der Hohenzollernstraße erfolge, erkundigt sich Stadtrat Handel. Die Anbindung vom Bahnhof zum W&W-Gelände könne mit Rotorad oder E-Scooter erfolgen. Der Geh- und Radweg am W&W-Komplex selbst falle minimal aus, da er nur einseitig sei, was zu Problemen bei der Rushhour sorgen könnte. Er bittet darum, dass die Stadt Ludwigsburg die Stadt Kornwestheim darauf hinweise, mit der der die Zusammenarbeit sehr gut sei.

Stadtrat **Klotz** stellt wohlwollend fest, dass der Umbau zum großen Teil auf Kosten der Stadt Kornwestheim stattfinde. Die Stadt Ludwigsburg müsse nur für wenige Zusatzmaßnahmen aufkommen. Das sei sinnvoll. Die Kosten für die linke Abbiegespur, die rückgebaut werde, sowie für die Radstrecke im Kreuzungsbereich, trage die Stadt Ludwigsburg. Er bittet um Erklärung, warum das so sei.

Für die Freien Wähler sei es ein wichtiges Anliegen, dass die Südstadt entlastet wird, so Stadtrat **Rothacker**. Mit der Knotenlösung sei der erste Schritt getan.

Auch er fragt nach dem Blitzer. Damit soll verhindert werden, dass die Strecke für LKWs als Abkürzung genommen werde.

Er hofft, dass bald mit dem Bau begonnen werden kann und die Bauzeit kurz sei.

Die Radwege müsse die Stadt Kornwestheim fortführen.

Seine Fraktion wird der Vorlage so zustimmen.

Stadträtin **Liepins** bittet um Klarstellung, welchen Teil des Umbaus des GdF-Knotens die Stadt Ludwigsburg finanzieren müsse und welchen die Stadt Kornwestheim.

Sie vermutet, dass Probleme später noch kommen werden, wenn die Stadt Ludwigsburg Baustellen habe. Sie fragt nach, ob man den Radweg schon bauen oder noch abwarten werde.

Für die Kostenteilung interessiert sich auch Stadtrat **Haag**. Er bemängelt, dass die Baustellenampel am Bypass am Wochenende ausgeschaltet sei. Dadurch würden dort sehr schwierige Situationen entstehen. Er bittet darum, mit Baustellenbetreibern sprechen, dass sie ihre Ampel anlassen.

Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität erklärt, dass die Kantinenampel nur unter der Woche an sei, damit die Arbeiterinnen und Arbeiter die Straße zur Kantine überqueren können.

Den Hinweis zum Geh- und Radweg gebe er der Stadt Kornwestheim gerne weiter.

Zwecks der Fortführung der Hohenzollernstraße plädiert er für einen Vororttermin mit den Menschen dort. Wenn die Radspur dort fortgeführt wird, werden nämlich Parkplätze wegfallen.

Auf Stadtrat Klotz' Frage zu den Kosten antwortet er folgendes:

Die Zusatzmaßnahme 1 ergebe sich nicht unmittelbar aus dem Umbau und hätte die Stadt früher schon machen können. Es handle sich um Baumaßnahmen auf Ludwigsburger Gemarkung. Diese Maßnahmen müsse man nicht machen, doch die Veränderung des GdF-Knotens biete Chancen, die die Stadt nutzen möchte.

Den kompletten Kostenumbau der Straße mit Ampeln sowie den Blitzer zahle die Stadt Kornwestheim. Die Stadt Ludwigsburg zahle nur die unmittelbaren Maßnahmen, die folgen werden.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität erklärt, dass für die Baumaßnahme drei Bäume gefällt werden müssen. Auf der entsiegelten Fläche können dafür neue gepflanzt werden. Zum Blitzer ergänzt sie, dass die Stadt Kornwestheim mitgeteilt habe, den Verkehr auf der Ludwigsburger Seite zu blitzen. Der Blitzer habe 147.000 Euro gekostet. Die Stadt Ludwigsburg trage Kosten in Höhe von 55.000 Euro für den Rückbau der Linksabbiegerspur und Neugestaltung der Fläche (siehe blau markierte Kreise in der Präsentation). Für Maßnahme 3 sind äußere Radspuren bis zur Wüstenrotkreuzung geplant. Später wird es weitere Radinfrastruktur in der Hohenzollernstraße geben.

BM **Ilk** schließt den Tagesordnungspunkt. Das Gremium hat die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

TOP 6**Buslinienführung Neckarweihingen**

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung über den Antrag.

Beratungsverlauf:

Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität erläutert die neue Linienführung der Buslinie 421 in Neckarweihingen anhand einer Folie, die als Anlage dieser Niederschrift als beigefügt ist.

Das **Gremium** wünscht sich eine Ortsbegehung, bevor abgestimmt wird und dass die Mitglieder im Stadtteilausschuss in der Stadtteilausschusssitzung informiert und miteinbezogen werden.

BM **Ilk** stimmt dem zu und vertagt die Abstimmung.

TOP 6.1**- Interfraktioneller Antrag der CDU- und SPD-Fraktion
vom 18.05.2021****Vorl.Nr. 178/21**

Beratungsverlauf:

Die Abstimmung wurde vertagt und soll nach der Stadtteilausschusssitzung von Neckarweihingen stattfinden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Müller** erläutert kurz seinen Antrag, den die Gruppierung ‚Die Linke‘ letztes Jahr zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen gestellt hatte und der auf das Jahr 2021 verwiesen worden war.

Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität berichtet anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Die Präsentation enthält eine Aufschlüsselung der Kosten für den kostenlosen ÖPNV an 4 Adventssamstage.

BM **Ilk** rät dem Gremium, den Antrag abzulehnen. Für die Maßnahme seien keine Gelder im Haushaltsplan zur Verfügung, außerdem müsse die Verwaltung im konsumtiven Haushalt noch 1 Million Euro einsparen. Die Angebote des ÖPNV seien durch Tagestickets überdies sehr gut.

Stadträtin **Dr. Knoß** befürwortet den Antrag der Linken und erwähnt, sie hätte bereits 2019 einen fast wortgleichen Antrag gestellt. Es gebe nur wenige Tage im Jahr, in dem Parkhäuser nicht ausreichen würden und das sei in der Zeit kurz vor Weihnachten, behauptet sie. Jetzt in der Post-Corona-Zeit sei ihrer Meinung nach der beste Zeitpunkt dafür. Auch die Brötchentaste koste den Stadtwerken viel Geld, merkt sie an.

Stadträtin **Seyfang** schließt sich der Meinung der Verwaltung an und betont ebenfalls das bereits vorhandene, faire Angebot, das gut angenommen werde. Von LUIS hatte sie gehört, dass es kein Problem gebe. Das Einzeltagesticket koste nur 3 Euro. Außerdem müsse die Stadtverwaltung sparen.

Stadtrat **Rothacker** macht deutlich, dass das Ablehnen des Antrags keine Geldfrage sei. Die Parkhäuser in der Innenstadt seien gefüllt durch parkende Autos von Menschen aus dem ganzen Landkreis Ludwigsburg, nicht aber aus der Stadt selbst. Aus diesem Grund sei der kostenlose Busverkehr nicht sinnvoll. Es würde keine Entlastung für den Verkehr bringen.

Stadträtin **Liepins** stimmt ihrem Vorredner zu. Auch im Sommer gebe es an Samstagen oft ein Parkproblem. Einen missglückten Versuch, Shuttlebussen einzurichten, habe es nach Anträgen von verschiedenen Fraktionen bereits gegeben. Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass der Einzelhandel gerade nicht an den Samstagen vor Weihnachten gestärkt werden müsse. Zu diesem Zeitpunkt gebe es ohnehin eine große Kaufkraft. Aus diesem Grund werden sie gegen den Antrag stimmen.

Stadtrat **Haag** halte die Idee an sich für sinnvoll. Er stimmt aber den Freien Wählern zu, dass Ludwigsburger nicht an Adventssamstagen mit dem Auto in die Stadt fahren und daher ohnehin den ÖPNV nutzen würden. Er schließt sich der SPD an, dass es die finanziellen Mittel dafür im Moment nicht gebe.

Stadtrat **Müller** wundert sich über die Schlussfolgerungen der Stadträte und dass das gestrige Thema der Luftfilter nun in Zusammenhang mit der heutigen Thematik gebracht werde. Er fragt nach, von welchem Shuttle-Projekt die Rede gewesen sei.

Ob eine Taktverdichtung und in welchem Umfang diese beim Angebot des kostenlosen ÖPNV nötig sei, will er wissen.

Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität erklärt, warum die Stadt überlegt habe, einen Shuttlebus von Kornwestheim nach Ludwigsburg einzurichten. Dieser sollte dafür sorgen, dass weniger Autos nach Ludwigsburg reinfahren. Ein Versuch habe gezeigt, dass die Zahl der Leute, die in Kornwestheim ihr Auto lassen und freiwillig in den Shuttle umsteigen, sehr gering sei und habe viel Geld gekostet. Daraus zog die Verwaltung den Schluss, dass ein freiwilliger Umstieg nicht funktioniert und es für die Menschen bequemer war, direkt nach Ludwigsburg weiterzufahren.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt und alle Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet sind, lässt BM **Ilk** über den Antrag abstimmen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Beratungsverlauf:

Der Antrag 439/20 wurde mehrheitlich abgelehnt und ist damit erledigt.